

Bezugspreis:

Bestellpreis 30.- M., monatlich 10.- M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs monatlich 10.- M., erst nach Abrechnung. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 16.70 M., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postgebühren nehmen an Österreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. - Einzelhefte in die Post-Zeitungs-Vertriebsstelle.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wochentags zweimal. Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 15. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

# Trimborn verhandelt weiter.

Abg. Trimborn setzte im Laufe des heutigen Vormittags seine Bemühungen, eine Regierung zustande zu bringen, fort. Er verhandelte wiederum zuerst mit dem Genossen Hermann Müller und Löbe, die ihm auseinandersetzten, daß ein Weiterbestehen der bisherigen Koalitionsregierung unmöglich sei und daß auch sein Wunsch, unsere Fraktion möge wenigstens einen Vertrauensmann in das neue Kabinett entsenden, keine Aussicht habe, von der Fraktion bewilligt zu werden. Das Verhalten unserer Partei zu der neuen Regierung werde von ihren Taten abhängen.

Abg. Trimborn richtet nunmehr sein Bemühen darauf, ein Kabinett ohne Sozialdemokraten zustande zu bringen. Viel für den Erfolg wird von dem Verlauf der Fraktionsführung des Zentrums abhängen, die in diesem Augenblick stattfindet. Die Aussichten sind nicht als unbedingt ungünstig zu betrachten.

Die Nachricht eines Mittagsblattes, die Mission Trimborns sei bereits gescheitert und Schiffer habe den Versuch einer Kabinettsbildung unternommen, ist falsch.

In diesem Augenblick, in dem die Bemühungen um die Bildung einer Regierung der bürgerlichen Mitte noch fort-dauern, ist es vielleicht angebracht, mit einigen Zertümmern aufzuräumen, die in der bürgerlichen Presse immer wieder aufzutauchen. Man braucht sich nicht lange aufzuhalten bei der Auffassung der deutschnationalen Presse, die in unserem gegenwärtigen Verhalten nur die Vorbereitung sehen will, die bürgerliche Reichstagsmehrheit gewaltsam zu überrennen. Jeder, der Programm und Geschichte der Sozialdemokratischen Partei kennt, weiß, daß für sie ein gewaltsames Vorgehen gegen Mehrheiten, die im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse handeln, nicht in Betracht kommt.

## Englische Absage an Lenin.

Der Brief Lenins an die englischen Arbeiter liegt jetzt im Auszug vor. Es ist darin wenig von dem Geist zu spüren, den andere Dokumente dieses Diktators atmen. Geradezu grotesk ist die Kurzschichtigkeit, mit der Lenin auch heute noch an dem Phantom der Weltrevolution festhält. Im großen und ganzen läuft nach den vorliegenden Auszügen der Brief darauf hinaus, die englische Regierung gewaltsam stürzen, dann werde sie sich in den Besitz der Geheimdokumente setzen, dann werde sie sich in gegen den Bolschewismus beweisen. Der Ton des ganzen Briefes verrät die Unzufriedenheit Lenins mit dem Verlauf des Delegiertenbesuches. Die Arbeiterschaft von ihren Führern zu trennen ist mit ihm zwen.

Die Mitglieder der englischen Delegation sind auf der anderen Seite von ihrem Besuch in Russland ebensowenig enttäuscht wie Lenin selbst. So äußerte der Abgeordnete des Unterhauses Tom Shaw (Arbeiterpartei), daß Lenin über die Stimmung in England sehr schlecht informiert ist und daß es für ihn eine Überraschung war, zu erfahren, daß das englische Volk gar nicht an eine Revolution denkt. Lenin ist ein entschlossener Mensch, der genau weiß, was er will, aber außerordentlich doktrinär. Er betrachtet seine Vermutungen als erwiesene Tatsachen. Die Humbug Lenins, England solle eine Revolution machen und durch Blut waten, um die Geheimdokumente des englischen Auswärtigen Amtes zu finden, die beweisen sollen, daß England Polen und Wrangel gegen die Bolschewiken unterstützt, bezeichnet Shaw als albern. Shaw erklärt schon jetzt, daß ihm der Bolschewismus nicht gefällt. Auch ist er der Ansicht, daß der Bolschewismus außerhalb Russlands nicht lebensfähig wäre.

## Kiew von den Polen geräumt?

Am 14. Juni, 14. Juni. Eine drahtlose Moskauer Meldung besagt: Die roten Truppen haben Kiew besetzt. Vor der Räumung haben die Polen die Wladimirskathedrale, die Bahnhöfe, die Elektrizitätszentrale und die Wasserleitung gesprengt. Diese Maßnahme, die durch keine militärische Notwendigkeit zu begründen ist, hat die Stadt der Gefahr schwerer epidemischer Krankheiten ausgesetzt.

Nach den Siegesmeldungen, mit denen die polnische Heeresleitung in den letzten Tagen die Welt beglückte, müßte diese Meldung in Entsetzen setzen, wenn man nicht im voraus wüßte, wie unzuverlässig alle Berichte aus russischer und polnischer Quelle sind. Deshalb kann man auch dieser sowjetistischen Meldung nicht ohne

In andern bürgerlichen Parteien hegt man die Meinung, die Sozialdemokratische Partei wolle die Regierung der bürgerlichen Mitte sich nur bilden lassen, um sie sofort wieder an ihren Oppositionshörnern aufzuspießen. Auch diese Auffassung ist falsch. Daß die Sozialdemokratische Partei zu einer Regierung der bürgerlichen Mitte in grundsätzlichen Gegensatz stehen muß, ist selbstverständlich. Aber da das genaue Verhalten der Unabhängigen die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung notwendig gemacht hat, hat die Sozialdemokratische Partei kein Interesse daran, die Lebensdauer einer solchen Regierung künstlich zu beschränken. Ihre Oppositionsstellung zu einer solchen Regierung ist von vornherein gegeben, ihr taktisches Verhalten in der Opposition wird aber von den Taten der Regierung selbst abhängen.

So gewiß die Sozialdemokratie auf Antastung der revolutionären Errungenschaften mit den schärfsten Kampfmitteln antworten wird, so wenig kann es dem Wesen einer praktisch-sozialistischen Arbeiterpolitik, wie sie sie treiben will, entsprechen, ohne Rücksicht auf die Handlungsweise der Regierung sofort das letzte Pulver zu verstreuen. Die Arbeiter werden das auch vollkommen verstehen, daß ihre Vertretung im Parlament nicht Opposition ins Blaue hinein treibt, sondern daß sie vom Standpunkt ihrer Interessen aus an die Handlungen der Regierung den Maßstab sachlicher Kritik legt, wie das ja auch in früheren Zeiten ganz allgemein geschehen ist.

Unser Ziel muß es bleiben, den durch das Verhalten der Unabhängigen geschwächten Einfluß der Arbeiterklasse auf die Politik des Reiches wiederherzustellen und über das frühere Maß hinaus zu erweitern. Als Mittel dazu kommt eine Fortsetzung der alten Koalitionspolitik oder eine irgendwie anders geartete Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierungsbildung nicht in Betracht, aber ebensowenig eine ziellose Ministerstürzerei, ohne jede Klarheit darüber, was an die Stelle der gestürzten Regierung zu setzen sei.

weiteres trauen, wenn auch die bereits veröffentlichte Meldung des polnischen Generalkonsuls von einem „geordneten Rückzug“ in der Ukraine auf eine Niederlage schließen ließ.

## Renner über die Krise.

Wien, 14. Juni. (Meldung des Wiener Tel. Korrespondenzbureau.) Staatskanzler Renner sprach heute in einer massenhaft besuchten sozialistischen Versammlung über die Krise, wobei er die Forderung der Sozialdemokraten darlegte, die keine Schuld an der Krise treffe. Gegenüber der christlichsozialen Darstellung, als ob die Christlichsozialen durch das Verhalten des Staatssekretärs Deutsch zum Austritt aus der Koalition gezwungen worden, legte der Staatskanzler dar, daß Deutsch alle Dienstvorschriften dem Kabinett vorgelegt habe, und daß sie in Ordnung waren. Die Soldatenräte als Vertrauensmänner müßten gewählt werden. Die Vermögensabgabe müsse noch jetzt durchgesetzt werden, auch die Verfassung könne leicht beraten werden, da der Entwurf fertig sei. Sollte die Verfassung nicht vor den Wahlen zustande kommen, werde die Wählerschaft hierüber befragt werden, ebenso über die Frage der Kirche und Schule und der freien Gemeinden. Der Staatskanzler erklärte schließlich, die österreichische Arbeiterklasse werde die Diktatur der Bourgeoisie nicht dulden. Die österreichische Arbeiterklasse werde ihr Recht in der Republik und den ihr gebührenden Anteil an der Macht festhalten. Die Sozialdemokratie werde das Mitbestimmungsrecht in diesem Staat unentwegt geltend machen. (Beifall.) Staatskanzler Renner wurden von der ungeheuren Menschenmenge Ovationen dargebracht.

## Streikandauer in Düsseldorf.

Düsseldorf, 14. Juni. 1920. Der Zustand der städtischen Arbeiter hält unverändert an. Da die Düsseldorfster Industrie ausnahmslos an das große Versorgungsnetz der städtischen Elektrizitätswerke angeschlossen ist, ist sie ebenfalls stillgelegt, und der größte Teil der Werke machte heute feiern. Sämtliche Fraktionen des Stadtrats stehen geschlossen hinter der Stadtverwaltung und lehnen die weitgehenden Forderungen der radikalen Arbeiter ab. Inzwischen schwelen noch Verhandlungen der Stadt mit den Gewerkschaften.

Die Lohnvereinbarung im Ruhrgebiet. Der am 21. Mai für das Ruhrgebiet vereinbarte Tarifvertrag ist am 14. Juni in Essen zwischen den Vertretern der Arbeitnehmerverbände und den Vertretern des Gewerkschaftsbundes endgültig abgeschlossen worden. Die Bergarbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von 8 M. von der 1,50 M. von der Woche in bar gezahlt und 4,50 M. vom Reich übernommen werden. Die Angestellten erhalten den Meistlohn in gleicher Weise wie die Arbeiter, außerdem bekommen sie eine der Lohn-erhöhung entsprechende Gehaltsaufbesserung. Durch diese Regelung wird eine Erhöhung der Kohlepreise vermieden.

## Die neuen Wirtschaftsretter.

Von Richard Boldt.

Die „Sieger vom 6. Juni“, die Extremen von rechts und von links, sind mit ihren Wahlerfolgen nicht nur deshalb in eine Kassenjammerstimmung gebracht worden, weil sie politisch sich vor der Verantwortung fürchten, sondern eigentlich noch mehr kommen sie wirtschaftlich in Schwindel. Denn alle Politik der nächsten Zukunft wird vorherrschend durch die Defonomie gehen müssen. Die Wirtschaftsprobleme werden die großen Sorgenfragen sein, und nun müssen auch wirtschaftspolitisch die von rechts und die von links die Versprechungen erfüllen, die sie ihren Wählern gemacht haben. Wie steht es dabei und drücken mit der Möglichkeit, eine Wirtschaftspolitik zu treiben, die die nächste Zukunft fordert?

Das Bild der „neuen Wirtschaft“ wird verschärft die Füge des Amerikanismus tragen. Die fürchterliche Perspektive steht unabwendbar und als Folge des Kriegsausganges, als Erbschaft der vergangenen Kriegsheberpolitik von unermeßlichen Wirkungen für das gesamte deutsche Arbeitsvolk vor uns. Der Daseinstampf muß sich verschärfen, das Tempo im Erwerbleben wird sich steigern. Wir sind das besiegte Volk, der Krieg kam für uns zur Entfesselung als Wirtschaftskrieg und wir kommen nur wieder hinaus aus dem Elend, wir können uns nur behaupten, wenn wir auf dem Weltmarkt als wirtschaftliche Qualitätsvolk bestehen.

Das bedingt eine bisher unerhörte Ertragsfähigkeit der Arbeit, eine reifliche Ausnutzung unserer sachlichen und menschlichen Produktionskräfte. Wenn wir geglaubt haben, unsere Bergwerke und Hüttenwerke sind auf dem höchsten Stand kapitalistischer Entwicklung angelangt, in unseren Maschinenfabriken, Textilfabriken, Werften und Transportunternehmungen arbeiten wir mit den allermodernsten Produktionsmitteln und Organisationsmethoden, so wird sich das als ein Irrtum herausstellen. Schon die nächsten Zeiten werden überall Rationalisierungsbestrebungen hervortreten lassen, die Umkehrgeschwindigkeiten der Maschinen wird man noch mehr zu steigern suchen, arbeitsorganisatorisch wird das Wirtschaftsgetriebe noch raffinierter ausgestaltet und überall wird der Mensch, der Arbeiter, der wertvollste Produktionsfaktor, das Objekt dieser Bemühungen sein. Die Arbeiterfrage wird damit zu dem kompliziertesten und schwerwiegendsten Grundproblem der neuen Wirtschaft überhaupt.

An dieser Arbeiterfrage in ihren vielfältigen Beziehungen zur Wirtschaft würden die von rechts wie die von links in ihrer Wirtschaftspolitik scheitern müssen.

Niemals würde die Deutsche Volkspartei mit den Methoden, wie früher der Arbeiter im alten Deutschland behandelt wurde, Erfolg haben können. Im industriellen Westen heißt die Deutsche Volkspartei die „Hüttenpartei“. Der Name Hugo Stinnes als der finanzielle und wirtschaftliche Protektor wirkt auf die Menschen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wie ein Kampfruf. Denn der Name ist ein Programm. Mögen sich auch die Großen und Führer im Reiche der Schwerindustrie aus taktischen Gründen den Arbeitern gegenüber umgestellt haben, ihre Wandlung ist vorübergehende Konjunkturpolitik. Die Bereitwilligkeit, mit den Führern der Arbeiterschaft sich an den gemeinsamen Beratungstisch zu setzen, besteht nur solange, wie die realen Machtverhältnisse zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft bleiben. Hugo Stinnes und seine politischen Freunde werden mit der neuen Zeit nicht innerlich fertig und können nicht damit fertig werden. Der Kapitalismus, so wie sie ihn verstehen, ist in die Defensive gedrängt. Aus der Verteidigungsstellung heraus soll aber wieder zum Angriff übergegangen werden. Die Kräfte sammeln sich, die Zeitungskäufe von Stinnes sind nur ein äußeres Zeichen für die steigende Willensenergie des Unternehmertums, aktiv in das politische Getriebe einzugreifen, zu hemmen, zu formen, zu treiben im Sinne jener Anschauungsweise, die der privatkapitalistische Unternehmer als seine Masseninteressen ansehen muß. Gegen den Sozialismus, gegen die neue Zeit und damit auch gegen die Arbeiter muß die Wirtschaftspolitik orientiert sein, die die Deutsche Volkspartei als Hüttenpartei nur treiben kann.

Und dadurch kommen sie mit der Arbeiterfrage in Konflikt. Der Arbeiter, im weitesten Sinne selbstverständlich als Kopparbeiter und Handarbeiter verstanden, wird

mehr wie jemals früher zum kostbarsten Träger unserer Wirtschaft. Die notwendigen Qualitätsleistungen erfordern Qualitätsarbeiter. Nicht nur beruflich, sondern auch sozial und kulturell. Wie wir in unserer Kohlewirtschaft mit dem technisch und arbeitsorganisatorisch verfeinerten Betriebsprozeß, erzwungen durch die Notwendigkeit höherer Förderleistungen, nicht mehr den primitiven, kulturell anspruchslosen Bergarbeiter früherer Zeiten verbrauchen können, sondern den modernen Industriearbeitertyp benötigen, so waltet dieses Gesetz überall: erhöhte, beruflich verfeinerte Arbeitsleistungen haben zur Voraussetzung eine sozial und kulturell hochstehende Arbeiterklasse, machen eine neue verfeinerte Kunst der Menschbehandlung notwendig. Wir müssen soziale Menschenökonomie treiben, weil das die billigste und rationellste Arbeitswirtschaft ist.

Die Arbeiter werden und können sich deshalb in der neuen Regierung Steuerleute vom Säge Hugo Stinnes' nicht gefallen lassen. Ohne und gegen den Willen der deutschen Arbeiterschaft läßt sich keine Wirtschaftspolitik durchführen.

Ebenso ist der Kurs der Unabhängigen unmöglich. Die unverantwortliche Agitationspolitik konnte bei den Wahlen Erfolg haben, weil die Stimmungsmomente, bei den Massen demagogisch ausgenutzt, für die radikalste Tonart leicht empfänglich sind. Unsere Arbeiter befinden sich zum Teil immer noch in dem seelischen Krankheitszustand, der eine Folge des Kriegserlebens darstellt. Wer verantwortungslos genug ist, den Massen den Himmel auf Erden zu versprechen, hat für heute und morgen die Massen hinter sich.

Aber die Versprechungen müssen dann auch eingehalten werden. Und wirtschaftspolitisch ist die Erfüllung oder Nichterfüllung besonders deutlich sichtbar. Das kann der Arbeiter leicht nachprüfen. Er sieht die Möglichkeiten praktischer Erfolge greifbar vor sich. In der Welt politischer Ideen kann der Agitator als Versammlungsredner in bewegten Zeiten seine Anhängererschaft zu politischen Sonntagstimungen begeistern, wirtschaftliche Dinge aber haben die unangenehme Eigenschaft, daß sie im Nicht harter, nüchternen Tatsachen schnell ihre Belastungsprobe bestehen müssen. Da versagt die radikale Geste, und wenn man ein Nachfaktor geworden ist, dann vor lauter Courage nur Schwadronneurpolitik treibt, ohne angreifend oder verteidigend praktische Arbeit zu leisten, so steht das auch der einfachste Arbeiter ein, daß hier etwas nicht stimmt.

Wir machen, um ein Beispiel herauszugreifen, auf dem Gebiet der Betriebsrätepraxis jetzt sehr bemerkenswerte Erfahrungen. Die radikalen Schreier sind zum Teil mit als Betriebsräte gewählt worden. Sie konnten sich dieser Aufgabe nicht entziehen, sondern mußten heran. Den Massen haben sie soviel versprochen, daß die Wechsel eingeleitet werden mußten. Aber in der unmittelbaren Arbeitswelt steht nun der einzelne Arbeiter den Widerspruch zwischen dem revolutionären Wort und der radikalen Tat. Je radikaler in Worten der gewählte Betriebsrat, um so hilfloser in der Praxis, dort, wo es nun darauf ankommt, dem Arbeiter zu helfen, seine Stellung zu sichern. Es hat seine guten Gründe, daß man in politisch radikalen Arbeiterkreisen jetzt so verdammt kleinlaut geworden ist, wenn dieses Gebiet wirtschaftlicher Betätigung besprochen werden muß. Hier läßt sich eine unentwegte Negationspolitik, ein Weisheits- und Schimpfen am allerwenigsten durchführen. Wir sind gespannt darauf, ob die 30 unabhängigen Kämpfer im neuen Reichstag es wirklich wagen würden, vor lauter Radikalismus nur Schwadronneurpolitik zu leisten, während praktisch jeder Fußbreit im Wirtschaftsleben für die Arbeiterinteressen zu verteidigen und zu sichern ist.

So ergibt sich also auch aus einer wirtschaftspolitischen Betrachtung der Dinge das Resultat, daß die von rechts und von links ihres Wahlfieges nicht recht froh werden können, während wir als Partei trotz alledem recht optimistisch in die Zukunft sehen können.

## Kautsky fehlt die Schulung!

... sagt die „Freiheit“.

Ein hofflicher Zufall will es, daß die „Freiheit“ in demselben Augenblick, in dem wir Kautsky's Kritik an dem Verhalten der Unabhängigen veröffentlichten, in ihrem Beitragsartikel folgendes bemerkte:

Kun will der „Vorwärts“ wissen, es gäbe auch in unseren eigenen Reihen Leute, die mit unserem Entschluß nicht einverstanden seien, und er bemüht sich, aus allerlei reichlich herangezogenen und verstaubten Winkeln Beweise für seine Behauptung heranzuziehen. Es mag sein, daß sich in der großen Masse derer, die am 6. Juni für uns gestimmt haben, einzelne befinden mögen, denen unser Verhalten befremdlich vorkommt. Das sind solche, denen noch die notwendige politische Schulung fehlt, und die noch nicht völlig begriffen haben, daß die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie zum Parlament und zum parlamentarischen Regierungssystem eine andere ist als die der Parteien, die sich nach der Wahl mit dem Reichstag hingehen, um die Möglichkeiten herauszubekommen, unter denen sie in die Regierung eintreten oder in ihr Weiden dürfen.

Kautsky hat also die U.S.V.-Weisheit noch nicht völlig begriffen, ihm fehlt die notwendige politische Schulung. . . .

## Die betäubten Lohgerber.

Die Deutschnationalen zur Regierungskrise.

Nach dem eindeutigen Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteiausschusses vom Sonntag haben die Reichsparteien endlich die Hoffnung aufgegeben, die Sozialdemokratie in ihre Katastrophopolitik mit hineinzuziehen, um ihnen, falls die Sache schief geht, im entscheidenden Augenblick die Verantwortung zuzuschreiben. Sie schlagen jetzt der Sozialdemokratie gegenüber eine andere Taktik ein: während sie es bisher an Lockungen und Versprechungen nicht fehlen ließen, suchen sie jetzt einen Keil in unsere Reihen hineinzutreiben. In der „Deutschen Zeitung“ schreibt der fassom bekannte antisemitisch-alledeutsche Herr v. Graefe-Goldebeck:

Da endlich Scheidemann die Desperatopolitik einer jammervollen Kapitulation seiner Partei vor den Unabhängigen und Radikalen vorzuziehen scheint, ist auf diese Mitarbeit wohl kaum zu rechnen, wenn nicht noch zu guter Letzt, was unwahrscheinlich scheint, ein Teil besonnenere Verantwortungsbereiter Reichsparteien nach rechts abspalten sollte.

Zunächst ist es eine Demagogie und Unwahrhaftigkeit, es so hinzustellen, als habe der Genosse Scheidemann allein auf eine Mitarbeit im Dienste der Reaktion verzichtet geleistet. Hinter ihm steht die gesamte Partei, deren einstimmig gefaßter Beschluß auch Herr v. Graefe bekannt sein sollte. Daß diese von uns ergriffene Initiative durchaus selbstständig erfolgte und von keinerlei Rücksicht auf die Politik der Unabhängigen diktiert war, weiß der Verfasser ebenso gut wie wir, aber was sollte er wohl anfangen, wenn er nicht diesen alten und verstaubten Lohgerber zur Hand nähme? Im übrigen können wir nur seine Vermutung bestätigen: es ist nicht nur unwahrscheinlich, sondern ausgeschlossen, daß der von ihm erhoffte Abspaltungsbroschüre nach rechts einziehen wird, nicht aus Mangel an Besonnenheit und Verantwortungsbereitschaft, sondern gerade infolge des Vorhandenseins dieser Tugenden, die allerdings der Partei des Herrn v. Graefe immer gerade in den entscheidenden Augenblicken gefehlt haben. Niemals ist die Sozialdemokratie — das haben ihre Beschlüsse vom Sonntag bewiesen — einmütiger und geschlossenere gewesen, als in dieser Stunde, und das ist auch der Reaktion gegenüber dringend notwendig, die unverhüllt als je ihr Haupt erhebt.

Gestern nachmittag traten der Parteivorstand und die neue Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei zu einer Sitzung zusammen. Abg. Staatsminister Herzog gab

einen Überblick über die innerpolitische Entwicklung seit dem 6. Juni und die derzeitige Lage, die sich ja durch die Erklärungen mehrerer Parteien geklärt, aber nicht vereinfacht hat. Die verschiedenen noch vorhandenen Möglichkeiten der Regierungsbildung und die Stellung der Deutschnationalen Partei zu ihnen wurden eingehend besprochen. Die Stellungnahme, wie sie in den mehrfachen Neuerungen fähernder Personalstellen der Partei in den letzten Tagen niedergelegt wurde, insbesondere die Erklärung der Bereitwilligkeit zur praktischen Mitarbeit zum Wiederaufbau, wurde durchwegs gebilligt. Alle Eventualitäten der nächsten Tage werden die Partei und Fraktion geschloß und gestärkt finden.

## Ausweisungsfolter in Neu-Deutschland!

Aus dem Rheinlande geht uns eine Kunde zu, die wir ihrer alarmierenden Wirkung wegen der Deffenlichkeit nicht vorenthalten dürfen.

Unter den vielen Opfern der außerordentlichen Kriegsgerichte befindet sich auch eine Kommunistin aus Magdeburg, Frau Amalie Schaumann, Mutter von drei Kindern. Sie war wegen schweren Aufruhrs angeklagt und in dem ersten Termin vor dem Kriegsgericht in Wesel beantragte der Anklagevertreter die Todesstrafe. Die Sache wurde vertagt und im dritten Termin beantragte der Staatsanwalt „nur noch“ 10 Jahre Zuchthaus. Das Gericht aber sprach die Angeklagte frei, weil wie in der Begründung hervorgehoben wurde, sie nur aus uneigennütigen Motiven als Idealistin sich in der kommunistischen Bewegung betätigt habe. Der Freispruch hat nun dem Anklagevertreter so wenig gefallen, daß er sofort nach der Haftentlassung der Frau Schaumann veranlaßte, daß die Polizeibehörde über sie verhängt wurde, um ihre Ausweisung als „lästige Ausländerin“ erwirken zu können.

Diese Ausweisungspraxis ist ja ein sehr bekanntes und bequemes Mittel des altpreussischen Polizeistaates gewesen. Im vorliegenden Falle würde ihre Anwendung aber eine besondere Grausamkeit einschließen, denn die Frau Schaumann ist in Magdeburg als Tochter eines alten Parteigenossen deutscher Staatszugehörigkeit geboren und aufgewachsen, hat niemals außerhalb Deutschlands gelebt, ist vielmehr schon vor dem Kriege jahrelang in der Sozialdemokratie als eifriges Mitglied tätig gewesen und erst in den letzten Kriegsjahren aus der Bahn der sozialistischen Organisation ins Fahrwasser des kommunistischen Weltworts geraten. Ihre „Ausländer“eigenschaft beruht darauf, daß sie einen Deutschösterreicher geheiratet hat und damit, schon vor dem Kriege, Oesterreicherin geworden ist. Da ihr Mann jetzt als aus Wäheren gebürtig durch den Ententefrieden als zur Tschechoslowakei gehörig angesehen wird, ist die aus der preussischen Provinz Sachsen stammende Deutsche plötzlich zur Tschechoslowakin geworden. Und aus diesem Umstand will die Polizei in Wesel den Grund herleiten, die Frau als „lästige Ausländerin“ auszuweisen.

Gegen diese Absicht ist von dem Reichsverband der Frauensprache bei allen zuständigen Stellen, auch beim Reichspräsidenten, erhoben worden. Wir hoffen, daß schließlich das Rechtsgewissen des deutschen Volkes sich als härter erweisen wird, als die Polizeiamtsabteilung des Anklagevertreters von Wesel.

## Die Reichsschulkonferenz.

Nachdem am gestrigen Montag, dem vierten Sitzungstage der Reichsschulkonferenz, die Erörterungen über das wichtige Thema der Lehrerbildung beendet worden sind, tritt in den Verhandlungen der Volksschule eine zweitägige Pause ein. Der heutige Dienstag und der morgige Mittwoch sind den Arbeiten der Ausschüsse vorbehalten, deren nicht weniger als 13 vorgesehen sind. Die Ausschüsse, die das Ergebnis der Verhandlungen auf den einzelnen Gebieten der zur Erörterung stehenden Themen zu bearbeiten und damit eine umfangreiche Tätigkeit zu bewältigen haben, werden dann dem Plenum der Konferenz ihre Berichte vorlegen. Für diese Berichtserstattung, an die sich noch den vorgesehenen Dispositionen eine Aussprache nicht anschließen soll, sind die letzten drei Sitzungstage der Reichsschulkonferenz bestimmt. Auf die Berichtserstattung der Ausschüsse wird dann die Abstimmung über die einzelnen Punkte folgen.

## Papierüberfluß.

Sie Köhler, verehrter Leser, und denken: Kann! Alle Welt produziert bezugliche Klagen über den Papiermangel, die Zeitungsummer eines Tages repräsentiert den Wert einer kleinen Banknote, neues Papier ist zum Gebrauchsgegenstand wohlhabender Leute geworden, und jene gewangig Gramm Fettpapier, die uns allwöchentlich als Futter verkauft werden, gehören eigentlich in den Jumbellerladen.

Ganz recht. Die Welt schreit nach Papier, sorgsame Leute verschließen jeden Kasten einbruchsfest und legen jede Dute auf die hohe Kante.

Dennoch: Papier-Überfluß. Wer's nicht glaubt, wendete in den Straßwägen oder in die Müllberge oder in die Müllheide — gleichviel wohin. Nur eben dahin, wo die Müllner leise rauschen — teils an, teils unter den Bäumen. Oft mehr unter als an. „Ach Gott!“ — Es rüden verächtlich ab, halbe Bezerin — „die alte Mianet von wegen dem wackelnden Stiefelpapier.“ Wo ja, das geistige Ursprungsstück an diesem Thema wird nicht beansprucht. Ich erinnere mich schon vor dreißig Jahren davon gelesen und noch früher davon gehört zu haben. Gehört, als mein Großvater, ein wackelnder Berliner, mal zu uns in die Straßwägen Heide kam und sagte: „Wat, det soll Natur sind? Wo is'n det Stiefelpapier?“

Doch ist die Natur nämlich noch etwas rückständig. Wenn der Heidebauer unterweils sein Brot wegschmeißt, geht er das Papier in die Tasche und nimmt's wieder mit nach Hause. Vielleicht nicht aus ökonomischen, sondern aus praktischen Gründen, aber immerhin . . .

Der Großvater aber — um ganz korrekt zu sein — ein nicht unbeträchtlicher Teil der Großväter läßt sich durch keinerlei Erwägungen, Gemahnungen, Beschwörungen von der Ansicht abbringen, daß alles, was Watt heißt, in den Wald gehört, und daß auch Badpapier und Grammpapier, namentlich wenn sie mit Fettsäuren verunreinigt sind, eine hervorragende Bereicherung der Natur bedeuten. Auch Fleisch, Konservendosen, alte Spiritusbrenner und sonstige Kulturgüterstände, die zu Hause ein wenig beachtetes Dasein führen, gelangen erst im Freilicht zu ihrer richtigen Bestimmung.

Nichtsdennominiger kann es einem passieren, daß man sich zehn Minuten hinter der Kammeren Bank in eine zivilisationsferne Wildnis verschleicht. Wie, nicht die Spur eines Journals, keine Rubelkappe, kein Schmalzleppchen? Wohin ist man geraten? Man wird ängstlich, nicht ohne Grund, sieht Marie und Kompaß zu Rate, ein schreckliches Gefühl des Verlassenseins von aller Kultur ergreift die Seele, und der Blick irrte bergwärts nach einem Angelegen menschlicher Spuren.

Aber Heureka! Da liegt eine Eierschale, drei Schritte davon ein alter Zerkoff, eine zerbrochene Tasse, und dort — Hurra! — winkt hell, mackerisch um eine beschriftete Doiranische verstreut, eine Oase fettmarmorierten Zeitungspapiers.

Man beruhigt sich also wieder; denn hier sind schon einmal Menschen gewesen. Vielleicht nur ein halbes Duzend, aber man weiß doch; von hier aus ist's nicht mehr weit zu jenen verzehnten

Äuen, wo die ganze Bevölkerung einer mittleren Stadt gestürzt zu haben scheint.

Für einen Statistiker war's eine lohnende Aufgabe, die Wälder zu sammeln und nach ihrer Parteizichtung zu registrieren. Inseiner, der mehr die Schönheit des Gesamtbildes geniesst, konstatiert nur flüchtig, daß hier die Koalition von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken friedlichste Tatsache geworden ist; allerdings können die angeblich parteilosen Verblüdungspapierse sich am breitesten zu weiden.

Gegen diese Naturveredelung ist kein Kraut gewachsen. Man kann den großstädtischen Schönheitsstern nicht auf das Heidebauernniveau zurückführen. Darum wollen wir nicht mit ästhetischen Hausbitten ins Feld rücken, sondern nur sagen: Sieht niemand den Reichstum, der hier an allen Straßen, Wasserwegen und Waldschneisen meienalichlich vermohert?

Kalifornien rings um Berlin! Ein Colorado für Naturforscher und Goldsucher, das niemals erschöpft werden wird.

Neder Sonntag gebietet es neu. Und niemals wird man hier die erschauenden Worte hören: „Wat, det soll Natur sind?“ Pa n.

Deutsches Tonkünstlerfest. II. Nun ist der Fall Schönberg, der in den Verammlungen der deutschen Musiker schon ungenannt, wie Dynamit wirkte, auch praktisch in die Debatte geworfen worden. Die notwendige Explosion wurde durch die Sympathie des Publikums für den lebendigen Peter Raabe und durch die nachdrückliche Begeisterung der Dadaisten einigermassen unwiderlich gemacht. Geheißt wurden die fünf programmatische lustigwühenden Dreierstücke op. 16. Es ist das Verwegenste, Schurkste, Form- und Gestaltloseste, was je ein Musikerhirn ausgedacht hat. Man hört keinen Anfang, man ahnt ihn, es gibt keinen Schluß, wenn der Taktstock nicht entleitet, es gibt auch keine Themen mehr und keine Gliederung und keinen Aufbau. Kupfer an Kupfer, in genial-buntem Durcheinander, und höchstens einmal durch das Gesetz der Kontraste miteinander verarbeitete Harmonieprotokolle. Man sagt: Seelenzustände. Nun, dann fehlt dem Menschen Schönberg die Freude, die Lust, die Begeisterung, der geläutete Schmerz und der befreite Jubel; es dominieren die maßlosen, impulsiven Eifersüchte, der Faumel und Schwimbel, die Angst und Unruhe, das körperliche Wühlbedagen. Hier springt in der Tat ein Funke über, der Erregung und Blutwollung schafft. Ist das aber der Sinn der Musik? Hier, bei Schönberg, ist gewaltig ein Tonkünstler zertrümmert, das Jahrhundert alte Erbauung scholl. Und die qualvolle Höllenorgie der systematischen Dissonanzen an ihre Stelle gesetzt, das Chaos, die Willkür.

Wie ganz anders wirkt das Streichquartett op. 1 von Hermann Scherchen für moderne Musik! Hier ist besonders in form gebrachtes Temperament, höhere Anlehnung an den Stil Brahmscher Kammermusik, die sich in eigene Höhen begibt. Ein neuer Geist, der eben doch der Geist der künftigen Jugend ist, findet sich in jeder Note an. Dieses Quartett ist Musik, die in ihrer instrumental noch oft ährenden und ungeläuteten Expressivität der rechte Ent-

wurfstoff für die musikalische Zeit. Die Berliner: Lombino, Höber, Jounes, Elbader spielten mit bewundernswürdiger Hingabe. Dies war neben Erdmann und einer in Regenerchem Stil gehaltenen kraftvollen Klavierfonate von Josef Haas der große Erfolg des Festes.

Verwundbar schlecht schnitten die Solisten ab. Nur einer hatte einen sensationellen Akzent-Erfolg. Wenn man, der die Klitzchen Dies-irao-Variationen mit virtuosester Dämonie in die Blendphäre des erhabenen Kunstwerks hob. Peter Raabe verabschiedete sich mit einem Konz. Konzert von Weimar und ehre damit den Gründer des Allg. Deutschen Musikvereins wie sich selbst. Die Faust-Sinfonie spielt Raabe, wie nur noch Hausgauer es kann, hinreißend, bezeugt von jeder Note in Raum und doch mit kraft gebäudeter Kraft. Endloser Jubel quittiert den Dank. Muhte Raabe gegen? Schade für Weimar. Das Fest ist aus. List und die jüngste Jugend hatten entscheidenden Erfolg. So wird es also weiter ähren bis aus Kost Wein geworden ist. Hebers Jahr — — —

Dr. Kurt Singer.

Die Nijane gestorben! Die Beziehungen zwischen deutscher und französischer Kunst sind erloschen; keine Gastspiele erzeugen mehr den innigeren Kontakt im Theater. Da ist ein Verlust doppelt schmerzlich, der die französische Bühne getroffen: Gabrielle Nijane, die früher öfter bei uns zu Gast war, ist gestorben und wird nicht mehr französische Kunst vermitteln. Sie war die geborene Verkörperung der Pariserin in all ihren wechselnden Reizen, mit ihrer gar nicht regelmäßigen, aber höchst ausdrucksvollen Schönheit, mit ihrer Rede und ihrer Jugenbarkeit. Sie war mit einem Schläge berührt worden und ist es geblieben als Pariserin wie Theaterleiterin. Wir haben kaum eine Schauspielerin, die man mit ihr vergleichen könnte; manchmal erinnerte sie an die Sorma.

Eine niederdeutsche Kunstausstellung. Ein vollständiges Bild vom künstlerischen Schaffen und Können des ganzen norddeutschen Gebietes bis hinauf nach Rendsburg soll die Ausstellung bieten, die am 1. Juni in der altberühmten, kunstgeschichtlich so interessanten „Mattenfängerhütte“ in Hameln eröffnet wird. Das Ausstellungsgebäude, das eine alte ehemalige Kirche ist, wird den weissen Rahmen darbieten; es stellt mit seiner Umgebung selbst eine einzigartige kunstgeschichtliche Stätte dar, denn gegenüber liegt das von der Stadt vor einigen Jahren angekaufte Mattenfängerhaus und in der Nähe befinden sich andere uralte Bauten der deutschen Renaissance, darunter das Hochgerichtshaus.

Vorträge. An den Freitagen, 18. und 20. Juni, wird Dr. Paetz vom Deutschen Künstlerbund einen zusammenfassenden Vortrag über „Die moderne Kunstbewegung“ im Werner-Siemens-Realschulsaal, Pödenhauerstr. 47, abends 7 Uhr halten.

Kunstchronik. Grabmal Arbeiter Max Klinger's hat in der Bibliothek des Berliner Kunstgewerbemuseums aufgestellt.

Friedrich Waack liest am Sonnabend, 19. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Saal der Reichlichen Hochschule aus den „Leuten von Seidwitz“ Gottfried Keller's.

## Agrarischer Schwindelkrieg.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sucht den Nachweis für die Reizierbarkeit ihrer hochagrarischen Freunde dadurch zu erbringen, daß sie neuerdings einen maßlosen Schimpfartikel gegen Genossen Otto Braun, den preussischen Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister, losläßt. Anlaß: Aus dem Landwirtschaftsministerium war mitgeteilt worden, daß die Beeren- und Pilzjammeischeine, für die bisher eine Anerkennungsgeldgebühr von 5 Pf. erhoben wurde, nicht vererbt werden sollen. Die Mitteilung des Ministeriums war notwendig geworden, weil einzelne forstgewaltige aus eigener Nachvollkommenheit die Gebühr für die Pilzjammeischeine bis zu 20 M. erhöht hatten. Jetzt sollen die betreffenden Oberförster die zu unrecht erhobenen Beiträge zurückzahlen. Daher der Wutausbruch des deutschnationalen Blattes, das die Gelegenheit benutzt, um die gesamte Tätigkeit Brauns mit durch keine Sachlichkeit gestützten Angriffen in den Kot zu ziehen. Beweis genug, wie überaus unbedeutend diese Tätigkeit, die großzügige Agrarreform des Genossen Braun, den Hintermännern der „Deutschen Tageszeitung“ ist!

Im übrigen bietet der Artikel der „Tageszeitung“ das Menschenmögliche an Verdrehungskünsten. Wiederum wird die Lüge aufgetischt, daß unter der Ära Braun für die innere Kolonisation, für die Errichtung von Kleinbauernhöfen nichts geschehen sei. Wer aber hat in Wahrheit bisher die Durchführung des Reichsiedlungsgegesetzes in Preußen sabotiert? Doch nur die Deutsch-Nationalen, die es im Verein mit den übrigen bürgerlichen Parteien verstanden haben, die sofortige Bildung der im Gesetz vorgesehenen Landlieferungsverbände zu verhindern. Weiter: daß die Staatsdamänen nicht zu Ziehungszwecken aufgeteilt werden, daran soll ebenfalls Genosse Braun schuld sein. Dabei verschweigt das edle Agrarierblatt, daß die Domänen schon unter der Regierung seiner Parteifreunde auf langjährige Verträge verpachtet worden sind. Wehe, wenn der sozialistische Landwirtschaftsminister es wagen sollte, einen der gestunungswichtigen Domänenpächter, von denen mancher in den Kapp-Tagen voll Freude die schwarz-weiß-rote Fahne geküßt hatte, vorzeitig an die Luft zu setzen! Und wie viele Domänen sind unter der Ära Hammerstein und Schorlemer von bankrotten Junkern für teures Geld dem Staate aufgekauft worden, Domänen, die so heruntergewirtschaftet sind, daß man sie den Kleinrentnern gar nicht anbieten kann!

Den Gipfel der Verlogenheit erreicht die „Tageszeitung“ endlich, indem sie den Genossen Braun für den Holzwucher verantwortlich macht. Dagegen hat die staatliche Forstverwaltung auf direkte Anordnung Brauns tatkräftig daran gearbeitet, die Preise für Bau- und Brennholz zu senken. Die „Deutsche Tageszeitung“ soll doch mal bei den ihr nächstehenden Großgrundbesitzern Nachfrage halten, ob auch nur ein einziger diese Bemühungen des sozialistischen Landwirtschaftsministers unterläßt hat! Diese Herren haben samt und sonders es trefflich verstanden, die Konjunktur zugunsten des eigenen Geldsacks auszunutzen, und keinem fiel es ein, an die Not der armen mobillosen Brautpaare zu denken. Für die das Junkerblatt Kronblättern vergiebt. An der maßlosen Steigerung der Holzpreise haben vor allem die Freunde der „Deutschen Tageszeitung“, die Besitzer von Privatwaldungen sich gesund gemacht. Ihren Wald haben sie rücksichtslos in schweres Geld umgewandelt und niemals nach den Schäden gefragt, die der deutschen Volkswirtschaft aus diesem Holzwucher erwachsen müssen.

Das alles weiß die „Deutsche Tageszeitung“ so gut wie irgendeiner. Trotzdem aber bringt sie in großer Aufmachung ihre innerlich unwahre Darstellung zu sehr durchsichtigen Zwecken. Deswegen sollte — so unsympathisch und omittliche Verächtlichungen im allgemeinen auch sind — Genosse Braun gegenüber den läugerischen Darstellungen der „Deutschen Tageszeitung“ einmal vom § 11 des Preßgesetzes Gebrauch machen, und dem Agrarierblatt zeigen, was es sonst zu bezweifeln pflegt, daß wir „noch in einem Rechtsstaate leben“.

## Die ausgekaufte „Deutsche Volkspartei“.

Wieder blies es den Herren Stinnes und Thissen, den führenden Mitgliedern der „Deutschen Volkspartei“, überlassen, mit Hilfe ihres gutgefüllten Geldbeutels die demokratische Presse aufzukaufen. Das es auch einmal anders geht, beweist der Fall der in Bochum erscheinenden Zeitung „Märkischer Sprecher“, die bisher zur Deutschen Volkspartei gehörte und nunmehr von der Verlagsgesellschaft Stumpf an den früheren Generaldirektor Hugenberg verkauft wurde. Hugenberg gehört bekanntlich der Deutschen nationalen Volkspartei an und ist als solcher von Westfalen-Süd in den Reichstag gewählt worden. Schon vor der Wahl floßen dem Blatt von Berlin aus reiche Geldmittel zu. Ein neuer Direktor ist bereits eingestellt worden, um das Blatt weiter auszubauen.

Die ausgekaufte Deutsche Volkspartei könnte mit ihrem Vereintätigkeit erregen, wenn die Sache an sich nicht so ernst wäre. Wir treiben durch diesen Kauf der Presse und die hierdurch erfolgende Korruption der öffentlichen Meinung Zuständen zu, die als unhaltbar bezeichnet werden müssen. Besonders pikant hierbei ist, daß diese Korruption bisher ausschließlich den beiden Parteien vorbehalten blieb, die nicht laut genug gegen die „demokratische Schieberrepublik“ eifern konnten.

## Neue Angriffe auf Erzberger.

Durch die reaktionäre Presse geht ein Bericht einer am Sonntag in Saarbrücken abgehaltenen Versammlung der dort neugegründeten Deutschen Volkspartei, auf der der Parteivorstand des Kandidaten Schmidt mitteilte, daß die während der Versailles Friedensverhandlungen von führenden Persönlichkeiten der sozialistischen Parteien aufgehellte Adresse an Wilson, die das Verbleiben des Saargebietes im deutschen Reichverband aus geschichtlichen und wirtschaftlichen Gründen und mit Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht forderte, den Adressaten überhaupt nicht erreicht hat, sondern in einem Berliner Archiv ruht, weil Erzberger keine Zeit gefunden habe sie zu überreichen.

Obwohl die Rechtepresse zurecht ebensowenig in der Lage ist wie wir, die Richtigkeit dieser Angaben nachzuprüfen, knüpft sie doch schwere Angriffe an sie. Wenn man an die Art der Bekämpfung Erzbergers durch die reaktionären Parteien denkt, die auch nicht vor dem letzten Mittel, nämlich dem Versuch, den verhassten Gegner durch Ermordung unschädlich zu machen, denkt, so wird man diese Nachricht zunächst mit aller Skepsis aufnehmen müssen. Es bleibt abzuwarten, was Erzberger selbst zu diesen allerdings sehr merkwürdig klingenden Angaben zu äußern haben wird.

Herzberg-Dottin. In dem Konflikt zwischen dem Landrat von Reufstettin und dem Kreisamtsbahnrat von Herzberg-Dottin hat eine Unterhandlung beim Regierungspräsidenten in Stuttgart stattgefunden. Der Herzberger ist nach Prüfung des Tatbestandes zur Disposition gestellt und auf Antrag des Landrats von Reufstettin sofort suspendiert worden.

## Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Der zurzeit in Bad Harzburg tagende Genossenschaftstag ist von ungefähr 1000 Genossenschaftlern aus allen Teilen des Reiches besucht. Sehr zahlreich sind auch die ausländischen Gäste vertreten. Nur wird allgemein bedauert, daß die englischen und französischen Prudenzorganisationen keine Vertreter geschickt haben. Einzelne Verbände haben ebenfalls Delegierte entsandt.

Hoffmann-Wagdeburg eröffnet den 17. Genossenschaftstag und weist darauf hin, daß dieses wieder die erste Tagung im Frieden sei, und auf deren besondere Wichtigkeit.

Herr Bürgermeister Dr. Bode-Harzburg begrüßt die Delegierten namens seiner Stadt.

Sodann hielten die ausländischen Gäste Begrüßungsansprachen und brachten beste Wünsche ihrer Organisationen. Sehr interessant waren die Ausführungen des Vertreters der Russischen Groß-einkaufsgesellschaft Dr. Stenael-Lausky. Während der Revolution und am Anfang der Sowjetregierung seien die russischen Konsumvereine freie, sich selbstständig verwaltende Organisationen der Bauern und Arbeiter gewesen. Dann sei die Sowjetregierung durch Diktat vom 20. März 1919 dazu übergegangen, diese in Zwangskonsumgenossenschaften umzuwandeln. Die Mitglieder hätten hierbei weder Rechte noch Pflichten. Anreizschemata kenne man dabei nicht. Die demokratischen Grundzüge seien alle über den Haufen geworfen worden. Unter dem Vorwand seien die Genossenschaftler als Revolutionäre in den Kerker geworfen worden, und die heutige Sowjetregierung wolle sie als Konterrevolutionäre in den Kerker. Der Redner sagte weiter, auf dem Fundamente der Liebe und Gerechtigkeit läme man zum Sozialismus, nicht aber durch Zwangsmassnahmen.

Der Sekretär Schön vom Internationalen Genossenschaftsbund führte aus, daß die Internationale ohne Deutschland nicht bestehen könne, es sei sonst ein Absparsparlament. Er weist noch auf den Internationalen Genossenschaftskongress in Basel 1921 hin.

Adolf Cohen vom Deutschen Gewerkschaftsbund weist darauf hin, daß der deutsche Wirtschaftskörper sich sei und am Leben liege. Zu seiner Gesundung soll auch die gegenwärtige Tagung beitragen.

## Groß-Berlin

### Das unabhängige Doppelgesicht. Ihre Angst vor der eigenen Courage.

Am kommenden Sonntag wird die Bevölkerung Groß-Berlins wiederum zur Wahlurne schreiten, um die Entscheidung über das Schicksal der neuen Stadtgemeinde zu bringen. Wie vor der Reichstagswahl so wird auch jetzt wieder den Wählern von rechts und von links ein Versprechen über das andere gemacht. Die Opposition wirbt um die Seele des Volkes und versichert ihm, daß es in dem Augenblick besser werden wird, in dem es sich zu ihr bekennt. Die letzten Tage haben aber gezeigt, daß hinter den hochtönenden Worten wenige oder gar keine Taten stehen.

Die beiden Parteien, die den größten Machtzuwachs bei den Reichstagswahlen erzielten, haben erreicht, was sie wollten, aber sie wissen mit ihrem „Siege“ nichts anzufangen. Die Rechtsparteien erklären, daß sie ohne die „Halbanalysen“, „Zuhälter“, „Aneinanderworte“ und „Reisende in Spüllosetts“ nicht regieren können und verzichten daher darauf, die Geschicke des Volkes in die Hand zu nehmen. Aber auch die Unabhängigen ziehen sich nicht die Konsequenz aus ihrem „Siege“, sondern drücken sich feige vor der Verantwortung und bleiben auf reinem Parteiegoismus in der Opposition, allwo für sie der Welgen am besten blüht.

Die Wähler werden also aus dem Ergebnis der Wahl vom 8. Juni lernen müssen. Die Berliner Bevölkerung hat Sonntag Gelegenheit zu zeigen, ob sie tatsächlich schon eingesehen hat, welchen Fehler sie am Tage der Reichstagswahl beging.

Für den Arbeiter ist es von vornherein klar, daß er seine Stimme keiner der bürgerlichen Parteien geben kann. Für ihn liegt die Entscheidung einzig zwischen den sozialistischen Parteien.

Was die Kommunisten wollen, wissen wir. Sie wollen nichts anderes als die Arbeiten des Parlaments stören und daselbst wenn möglich sprengen. Die Unabhängigen, die im Berliner Stadtparlament zurzeit die stärkste Fraktion sind, denken weniger an positive Arbeit als an Parteibrotteile. „Opposition um jeden Preis“ und „Populärtheatroscherei“ sind ihre Parolen.

Dafür ein Beispiel:

Im Februar d. J. bewilligte die Stadtverordnetenversammlung für die städtischen Arbeiter, Hilfskräfte und Werkstattebeschäftigten Teuerungszulagen, die den Etat mit 40 1/2 Millionen Mark belasten. Es ist selbstverständlich, daß jede Ausgabe, die die Stadt macht, durch Einnahmen gedeckt werden muß. Der Kammerer brachte eine Vorlage ein, die zur Deckung der im letzten Halbjahr beschlossenen Ausgaben, unter denen die erwähnte Teuerungszulage nicht die geringste war, die Erhöhung des Steuerausgleiches um 50 Prozent vorsah.

Der von sozialdemokratischer Seite geäußerte Wunsch, schlenkig eine Sitzung anzuberaumen, um seine Zeit zu verlieren und diese Vorlage noch im März unter Dach und Fach zu bringen, wurde von zwei hervorragenden Führern der Unabhängigen mit der Bemerkung abgelehnt, daß das gar nicht notwendig sei, da die Annahme dieser Vorlage eine Selbstverständlichkeit sei. Aber diese „Selbstverständlichkeit“ bestand bei der unabhängigen Stadtverordnetenfraktion nicht allzu lange. Als ein bürgerlicher Herr drohend den Zeigefinger erhob und erklärte, er werde der Bürgerkraft zeigen, in welcher „schwarzer“ Weise alle Lasten auf das Kleinbürgertum abgewälzt werden, da fielen die unabhängigen Stadtkrämer vor lauter Angst, die „Liebe des Volkes“ verlieren zu können, auf die andere Seite und das, was eben noch eine Selbstverständlichkeit für sie war, wurde im nächsten Augenblick um 50 % erhöht. Man wurde sich darüber einig, daß die Steuererhöhung als „volksfeindlich“ abzulehnen sei. So hatte man wenigstens das Gesicht gewahrt und wiederum bewiesen, daß man revolutionär bis in die Knochen ist. Um aber die Annahme dieser unmaßvollen Magistratsvorlage zu sichern, kommandierte die unabhängige Fraktion schlenkig 15 Mitglieder aus dem Saal, denn sonst hätte es passieren können, daß die Teuerungszulage abgelehnt worden wäre und das wollten die braven Unabhängigen ja gar nicht. Sie wissen genau so wie jeder andere Mensch, daß eine Ausbeute auch eine Deckung verlangt. Aber sie sind so feige, das zu sagen und treten öffentlich gegen die neuen Steuern auf, ermüden aber durch die Abstammung von Mitgliedern vor der Abstammung, daß das, was sie eben mit aller Leidenschaft bekämpft haben, Wirklichkeit wird.

So sieht die unabhängige Politik aus. Um bei den Wahlen als wahrhaft revolutionär zu gelten, schrecken sie selbst vor dem plumpesten Betrug nicht zurück. Das Bedauerliche

dabei ist nur, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft dieser sich von jedem Verantwortlichkeitsgefühl frei fühlenden Politikern immer noch nachläßt.

Die Berliner Arbeiterschaft hat es in der Hand, den Unabhängigen ihren Verrat an der Republik und den Errungenschaften der Revolution, den sie soeben verübten, indem sie die Macht, die ihnen die Arbeiterschaft am letzten Wahlsonntag in die Hand gab, den Reaktionären auslieferete, die Luitung aufzustellen.

Wer will, daß die neue Stadtgemeinde Groß-Berlin von wahrhaft sozialistischem Geiste erfüllt wird, wer wirklich den Sieg der Arbeit über den Kapitalismus, wer den Sozialismus will, der darf am 20. Juni seine Stimme ebensowenig den Unabhängigen wie den bürgerlichen geben. Nur die alte deutsche Sozialdemokratie allein ist gewillt, die ihr vom Volke übertragene Aufgabe zu erfüllen. An der Arbeiterschaft liegt es, ihr die Möglichkeit dazu zu geben. Das kann sie tun, indem sie am kommenden Sonntag den sozialdemokratischen Stimmzettel abgibt.

## Zur Bekämpfung der Wohnungsnot.

### Tagung der Wohnungsämter.

Die Vereinigung deutscher Wohnungsämter hielt in Berlin eine Tagung ab. Generalsekretär Direktor Dr. Gut-München und Dr. Wiener-Berlin über die Durchführung der Zwangseinquartierung. In der heute schließlich abgehaltene Tagung wurden folgende Richtlinien für die Zwangseinquartierung angenommen:

Die Zwangseinquartierung allein kann zur Beseitigung der Wohnungsnot nicht ausreichen, auf ihre Durchführung kann aber trotz der erheblichen mit ihr verbundenen Mißstände (Senken des Wohnungsstandards) nicht verzichtet werden. Sie hat sich grundsätzlich auf alle Größenklassen von Wohnungen zu erstrecken. Zur Vermeidung von Härten muß die Zwangseinquartierung unbedingt unter weitgehender Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des Eingewiesenen ohne jeden Schematismus durchgeführt werden. Für die Stärke der Belegung können immer nur allgemeine Richtlinien angegeben werden. Anzustreben ist Einweisung von Familien möglichst in wirtschaftlich und räumlich abgetrennte Wohngebiete. Wo letzteres nicht möglich ist, muß versucht werden, zu einander passende Parteien zusammenzubringen. Bei Festsetzung der Miethöhe soll die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Eingewiesenen weitgehend berücksichtigt werden. Der objektive Mietwert der Räume kann allein nicht ausschlaggebend sein. Von den Inhabern großer Wohnungen muß gefordert werden, daß sie entsprechend dem öffentlichen-rechtlichen Charakter der Zwangseinquartierung ihrerseits bereit sind, die nötigen Unbequemlichkeiten auf sich zu nehmen. Ein Freilassen großer Wohnungen kann nur gerechtfertigt werden, wenn die Befriedigung besonderer Kunstwerte zu besorgen ist und die Räume zu Wohnzwecken nur mit ganz erheblichen Mitteln hergerichtet werden können.

Angenommen wurden ferner eine Reihe Anträge, die der Deutsche Städtebund an den maßgebenden Stellen vorbringen soll. Er soll bei den Reichs- und Staatsbehörden wegen sofortiger Freimachung von Kasernen und Staatsgebäuden vorgehen. Der Reichstag möge den besonderen von Wohnungsnot heimgejagten Gemeinden erhebliche Mittel zur Errichtung von Notwohnungen zur Verfügung stellen. Die Städte wünschen das Recht, den in großen Wohnungen wohnenden Einzelpersonen (auch wenn sie Dienstpersonal haben) gegen ihren Willen und gegen den Willen des Vermieters zu kündigen. Wegen die Zuweisung von Flüchtlingsfamilien an die Städte mit der Verpflichtung zur Aufnahme wird schärfste Verwahrung eingelegt; Pflicht der Reichs- und Staatsbehörden sei die Unterbringung ihrer geschicktesten Beamten. In einem das Ministerium der Wohnungsamt betreffenden Urteil, daß die Wohnungsämter gegen Verleumdungen ungeschützt läßt, wird der Justizminister um öffentliche Auslegung ersucht. Direktor Dr. Raport-Berlin bemerkt hierzu, gegen Wohnungsämter werde oft der leichtfertige Vorwurf erhoben, daß Beamte sich „schmieren“ lassen. Er fügte dann aber hinzu, daß in Berlin berartige Fälle vorgekommen seien, so daß in den letzten Wochen drei Beamte entlassen werden mußten.

Wer ist der tote Knabe? Aus dem Nordhafen in der Nähe der Meier Brücke wurde die Leiche eines unbekanntenen Knaben von etwa 6 bis 7 Jahren gelandet. Der Knabe ist 1,10 Meter groß und hellblond, hat ein sonnenverbranntes Gesicht und trägt eine dunkelbraune Leibchenhose und ein weiß-rot gestreiftes Hemd.

Republikanischer Fahrerbund. Sonnabend 7 1/2 Uhr in Oberlands Archäen, Neue Friedrichstr. 35: Mitgliederversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert.

## Groß-Berliner Lebensmittel.

Pantow 500 Gramm auf ein Liter Güterstücke (25 und 26).

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 15. Juni.

Gedenkschulden. 7 1/2 Uhr in der Schulanst. 48. Bernstraße. Offizielle Wählerversammlung. Thema: Das kommende Wahlergebnis und die Stadtverordnetenwahlen. Referent: Genosse Robert Breuer. Westfäl.

Morgen, 16. Juni.

2. Abt. 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Bismarckstr. 3. Pflicht aller Parteigenossen in es pünktlich zu erscheinen.

14. Abt. 7 Uhr Versammlung im Saal 6 des Gewerkschaftshauses, Unter den Eichen 15. Referent: Genosse Glöck. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

15. Abt. 7 1/2 Uhr im Konradshaus bei Große, Bismarckstr. 38. Sämtliche Betriebskomitees und Abteilungen sind hier zu erscheinen.

20. Abt. 7 Uhr bei Gode, Bismarckstr. 8. Ede Kammerfrau wichtige Sitzung aller Ortsleiter und Wahlleiter.

31. Abt. Auserwählte Mitgliederversammlung 7 Uhr: Schönflieger Straße 7. Referent: Stadtrat Koberger. „An der patriotischen Lage“.

Gewerkschaften. 7 1/2 Uhr in den bekannten Gruppenlokalen. Zahlreich. Stellungnahme zur Stadtverordnetenwahl. 9 Uhr bei Gode, Bismarckstr. 8. Gode Ortsgruppe, und die 12. Gruppe bei Kidel, Bismarckstr. 14, halten am Donnerstag den Jahreshand ab.

Wahlkreis 1. 1. Viertel. Paktier: Dampff, Kaiserstr. 26; 2. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 3. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 4. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 5. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 6. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 7. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 8. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 9. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 10. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 11. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 12. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17.

Wahlkreis 2. 1. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 2. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 3. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 4. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 5. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 6. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 7. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 8. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 9. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 10. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 11. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 12. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17.

Wahlkreis 3. 1. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 2. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 3. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 4. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 5. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 6. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 7. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 8. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 9. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 10. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 11. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 12. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17.

Wahlkreis 4. 1. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 2. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 3. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 4. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 5. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 6. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 7. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 8. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 9. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 10. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 11. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 12. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17.

Wahlkreis 5. 1. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 2. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 3. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 4. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 5. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 6. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 7. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 8. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 9. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 10. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 11. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 12. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17.

Wahlkreis 6. 1. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 2. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 3. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 4. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 5. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 6. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 7. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 8. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 9. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 10. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 11. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 12. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17.

Wahlkreis 7. 1. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 2. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 3. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 4. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 5. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 6. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 7. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 8. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 9. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 10. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 11. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 12. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17.

Wahlkreis 8. 1. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 2. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 3. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 4. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 5. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 6. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 7. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 8. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 9. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 10. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 11. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 12. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17.

Wahlkreis 9. 1. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 2. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 3. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 4. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 5. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 6. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 7. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 8. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 9. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 10. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 11. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 12. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17.

Wahlkreis 10. 1. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 2. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 3. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 4. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 5. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 6. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 7. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 8. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 9. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 10. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 11. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 12. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17.

Wahlkreis 11. 1. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 2. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 3. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 4. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 5. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 6. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 7. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 8. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 9. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 10. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 11. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 12. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17.

Wahlkreis 12. 1. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 2. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 3. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 4. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 5. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 6. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 7. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 8. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 9. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 10. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 11. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17; 12. Viertel. Gode: Bismarckstr. 17.

## Sport.

„Die Hundert“, die morgen abend um 8 Uhr in Treptow zum Austrag kommt, sieht neben den schon gemeldeten 3 Fahrern auch noch Schwaben am Start. Er will die Gelegenheit benutzen um an seinem Konkurrenten Appelhaus, gegen den er am letzten Sonntag im Großen Preis von Deutschland mit nur wenigen Metern unterlag, Revanche zu nehmen. Auf Pawle und Saldow wollen am Sonntag Versäumnis nachholen, so daß man auf den Ausgang der Prüfung sehr gespannt sein darf.

Der Jude Willy Bilschke, einer unserer talentiertesten Laufstrecken, der freilich in letzter Zeit stark mit seinem Gewicht gekämpft hat, hat, 24 Jahre alt, an den Folgen einer Lungenerkrankung, Mißfälle der Sohn des bekannten Trainers, ritt mit 10 Jahren sein erstes öffentliches Rennen. Das Derby gewann er, damals noch Lehrling, mit Bontefina.

